

# Die Gewerkschaft

Zeitung zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Anstellten

Organ des Verbandes der deutschen Gemeinde- und Staatsarbeiter

**Redaktion u. Expedition:** Berlin W. 30, Winterfeldstr. 24  
Fernsprecher: Amt 6, Nr. 6155  
**Redakteur:** Emil Dittmer

**Motto:**  
Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Müllerbetriebe sein

**Erscheint wöchentlich Freitags**  
Bezugspreis vierteljährlich durch die Post (ohne Beleihung) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3161

## Redaktionschluß: Sonnabend vor dem Erscheinen.

### Inhalt.

Wie die Münchener Stadtverwaltung Arbeitserfüllung treibt.  
Unreine Agitation im finstern Osten. Verwaltungsbüro der Akziale Groß-Berlin vom 3. Quartal 1906. — Drei Anträge auf Gewährung von Leistungszulagen. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Münchau. — Briefstafte. — Anzeigen.

## Wie die Münchener Stadtverwaltung Arbeitserfüllung treibt.

In der Gegend von Thalkam in Oberbayern liegen im Mangfalltal die Quellengebiete der Münchener Wasserleitung. In Nr. 41 d. Abg. der „Gemeinfabrik“ haben wir die Wasserversorgung Münchens näher erläutert. Bis zum 20. Oktober d. J. waren bei diesen verhältnismäßig recht schwierigen Arbeiten 131 Mann beschäftigt. An jenem Tage wurden über 57 Arbeiter ohne vorherige Aufkündigung entlassen. Von vornherein war beabsichtigt, 68 Mann außer Arbeit zu stellen, in letzter Stunde ist die Zahl jedoch auf 57 reduziert worden. Bei der Entlassung selbst konnte ein irgendwie stichhaltiger Grund für diese Maßnahme nicht angegeben werden. Alle Begleitumstände sprechen allerdings dafür, daß ein Schlag gegen die Organisation des Gemeindearbeiter Verbandes geführt werden sollte. Wunderbar ist bei der Sache, daß von den 57 Entlassenen 49 Mann gleich 84 Proz. von den 71 noch Beschäftigten aber nur 39 Mann, gleich 56 Proz. organisiert sind. Bei der Entlassung der 8 Unorganisierten handelt es sich vielleicht um Fehlgriffe der Bauverwaltung. Aus den in Frage kommenden drei Arbeiterkategorien, Schauflern, Tiefgräbern und Einschaltern, wurden aufs Plaster gesetzt 51 Schaufler (insl. 13 Altkaufschaufler), zwei Tiefgräber und ein Einschalter. Ganz „zufällig“ natürlich hat die Auswahl unter den Tiefgräbern den Vorstand und Stellvertreter und bei dem einen Einschalter den Schriftführer der Zahlstelle des Verbandes betroffen. Zedenfalls ist es auch bloß Zufall, daß sich der gesamte Arbeiter Ausschluß unter den Entlassenen befindet. Von den 49 Organisierten sind 26 ledig und 23 verheiratet, letztere haben für 6 Kinder zu sorgen.

Diese Maßregel der Bauverwaltung hat jedoch die schon vorhandene Eregung unter den dortigen Arbeitern — hervorgerufen durch Mißstände in der Kantine und vollständig unberechtigte Vierkontrolle in den Wohnhäusern der Arbeiter durch einen Beamten der Verwaltung — noch mehr gesteigert. Ist doch Arbeit in Hülle und Fülle vorhanden. Die so finanzierten wohnen auch alle mit ihren Familien im Quellengebiet. Angebauts des herannahenden Winters wird es ihnen doppelt schwer fallen, in andere Gemeinden zu verzichten. Während sonst in allen Städten, auch in München, in solchen Zeiten sogenannte Notstandsarbeiten in Angriff genommen werden, hat hier die Bauverwaltung 57 Mann auf die Straße gesetzt.

Die Kollegen in Thalkam beschäftigten sich deshalb in einer am Sonntag, den 21. Oktober, abgehaltenen Versammlung mit dieser Angelegenheit und beauftragten den Gauleiter Sebald, gegen dieses Vorgehen der Betriebsleitung Beschwerde zu erheben. In der Magistratsitzung vom 24. Oktober interpellierte die sozialdemokratische Fraktion wegen dieses Vorcommunismus. Der Magistrat beschloß eine sofortige gründliche Untersuchung der Angelegenheit und schleunige Feststellung des Sachverhaltes. Die Magistratsitzung vom 30. Oktober brachte freilich keine Änderung der Sachlage. Man versuchte die Maßregelung als regelmäßige Entlassungen zu kennzeichnen, bei denen man im Anschluß der Weihenfeier der Entlassung des Personals eine Fahrlässigkeit der in Frage kommenden Beamten vorliege. Um irgendeinen Verlust man sich darauf, daß es technisch unmöglich sei, den Bau weiter fortzuführen. Diese Ansicht wurde in einer späteren Sitzung noch durch ein technisches Gutachten bestätigt. Für andere Behauptung aber, daß man es hier nicht mit gewöhnlichen Entlassungen, wegen Arbeitsmangel, sondern mit Maßregelungen zu tun habe, sprechen ferner noch die von einem Zeugen in seinem Rechtsbuch gemachten Aufzeichnungen. (Zelbiges war nämlich von ihm verloren und von einem Arbeitgeber gefunden worden.) Darin ist nämlich gesagt, daß 3 Mann, die Zillalleitung, nie wieder eingesetzt werden dürfen. 4 Kollegen hatten das Verbrechen begangen, beim Punkt der Mantine Kontrolle zu suchen — der Punkt war entstanden, durch Lieferung idiotischer mit Wurmern durchsetzter Barten — und deshalb sind die „Zunder“ angestieget worden. Sonstige mündliche Ausführungen einzelner unserer Vorgesetzte in des Mantinenwirtes lassen aber auch keinen Zweifel dar, daß man hier den Arbeitern einmal den Druck von oben statuen wollte.

Nachdem die Verbandsleitung von all diesen Vorcommunissen Kenntnis erlangt hatte, konnte sie selbstverständlich diesen Winkelzügen gegenüber nicht mehr untätig bleiben. Die Thalkamer Kollegen nahmen eine neutrale Stellung zu dieser Angelegenheit. Man beschloß, in sehr gut besuchter Versammlung, am 3. November, eine Deputation zur Münchener Versammlung zu entsenden, dort den Sachverhalt klar zu legen und durch eine Deputation beim Bürgermeister vorstellig zu werden. Zum Zwecke der Orientierung über diese Verhältnisse hatte der Verbandsvorstand den Kollegen Mohs nach hier gesandt. Auch er mußte die Überzeugung gewinnen, daß hier Maßregelungen vorliegen.

Die am Sonntag, den 4. November, in München abgehaltene von rund 800 Personen besuchte Versammlung beschäftigte sich gleichfalls mit den sonderbaren Arbeitserlassungen in Thalkam. Kollege Sebald schilderte die Sachlage. Er erwähnte unter anderem auch, daß unter den Entlassenen ein 12 Jahr im Dienst gewesener Kollege war, der jedoch bald wieder eingestellt wurde. Sebald und Mohs sowohl wie die Diskussionsredner kritisierten scharf das Verhalten der Betriebsleitung. Der früher bei letzterer beschäftigt gewesene Arbeiter Auer brachte eine Reihe von Mißständen zur Sprache. Gemeindebevollmächtigter Genosse Vogt veriprach, daß sich die Arbeitervertreter im Rathaus mit aller Energie der Entlassenen annehmen werden. Hierauf beschloß dann die Ver-

sammlung einstimmig nachfolgende Resolution an die Stadtverwaltung zu senden:

Die am 4. November abgehaltene Versammlung städtischer Arbeiter Münchens, ist der Meinung, daß bei den Entlassungen städtischer Arbeiter in Thalham nicht nach der Auseinandersetzung, sondern nach freiem Ermeessen der Betriebsleitung verfahren wurde. Nach dem vorliegenden Material und der Schilderung der Zustände in der Versammlung gewinnen die Versammlungen die Überzeugung, daß man hier einen Anschlag gegen das Koalitionsrecht der städtischen Arbeiter gesetzt hat. Die Versammlung erachtet deshalb die Stadtverwaltung um die Errichtung dieser Molligkeit. Die Verbandsleitung, in Gemeinschaft mit einer von den Entlassenen gewählten Deputation, wird beauftragt, dies bezüglich bei der obersten Verwaltung vorstellig zu werden. Den Kollegen ist über den Ausgang dieser Aktion in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Der weitere Verlauf der Dinge zeitigte dann die Behandlung der Arbeiterentlassungen in Thalham in der Magistratsitzung vom 6. November. Überbürgermeister von Voricht referierte über das Ergebnis der angestellten Recherchen und verbreitete sich zunächst über den Grund der vorgenommenen Entlassungen. Wir lassen die Ausführungen der einzelnen Redner zu dieser Sache, nach einem Bericht der "Münchener Post", im Auszug folgen:

Überbürgermeister v. Voricht: Infrastruktur des hohen Standes des Grundwassers mußte bei den Stahlbetonarbeiten ein Teil der Arbeiter entlassen werden. Von der Bauteilung wird zwar eine schieden im Abrede gestellt, daß durch die Entlassungen eine Entwicklung des Koalitionsrechts beeinträchtigt war; wenn unter den entlassenen 57 Arbeitern viele Organisierte waren, so kommt das daher, daß die höchsten Arbeiter im Quellengebiet bis zu 90 Proz. organisiert sind, also bei Entlassungen natürlicherweise der Organisation angehören müssen. An einer Stütze kann offenbar die Bauteilung ein Kommt nicht erheben werden. Dagegen haben die Erhebungen ergeben, daß bei den Entlassungen sehr ziemlich planlos vorgegangen wurde, daß man nicht das Dienstalter und die Familienvorbelastung berücksichtigte, sondern die Entlassung nach dem Alphabet vernahm. Das ist eine Mängelnahme, die zu dauern ist. Erwähnungen habe ich gemacht, daß der Arbeitnehmer es auf die Organisation absiehen habe und beruft sich darauf, daß seine Arbeitserfahrung nichts zu erkennen gefunden habe. Diese Anerkennung scheint sich aber nicht auf alle Arbeiter zu erstrecken, denn in einer Versammlung der Gemeindearbeiter, die am Sonntag im "Mosaikum" stattfand, wurde Peve von dem Distriktsrichter Ader angeblich der Vorwurf gemacht, daß er seine Privatinteressen auf Kosten der Stadt recht wohl zu fördern wisse. Herr Ader wird vor Gericht den Beweis für seine Behauptungen erbringen müssen. Peve hebt in seinem Bericht hervor, er habe gerade jetzt die Entlassungen vor genommen, weil in der dortigen Gegend zur Zeit Arbeitermangel herrscht, so daß die Entlassungen leicht anderwohl unterkommen könnten. Ich fordere, so fügt Überbürgermeister v. Voricht fort, daß die Entlassung von Arbeitern in solchem Umfang vorgenommen werden müsse, und daß man auf das Dienstalter und die Familienvorbelastung nicht Rücksicht genommen hat. So viel scheint aber aus den Erhebungen hervorzugehen, daß eine Verzerrung des Koalitionsrechts nicht beobachtet war. So doch aber das Recht der Koalitionsfreiheit gehalten werden muß, muß doch andererseits der Gemeinde das Recht gewahrt bleiben, Entlassungen vorzunehmen, freilich nicht nach dem Alphabet. Bei der Wieder einstellung — und es wäre wünschlich, daß alle Entlassenen wieder Beihäftigt werden — müssen Dienstalter und Familienvorbelastung berücksichtigt werden, nicht nach der Zugehörigkeit zu einer Organisation, sondern nach der Tüchtigkeit des Arbeiters soll gefragt werden. Der vorliegende Mantinmento scheint allerdings Fehlerungen gemacht zu haben, als habe er Einfluss auf die Entlassung. Der Überbürgermeister beantragt daher:

1. Wegen Ader soll wegen der eroberten Befreiung gegen Überbürgermeister Peve Strafantrag gestellt werden. 2. Es soll darauf gedrungen werden, daß bei Arbeiterentlassungen im allgemeinen nur sachliche Gründe, die in der Person einer der Arbeit liegen, maßgebend sind. Dienstalter, Tüchtigkeit und Familienvorbelastung müssen dabei berücksichtigt werden. 3. Wegen die unpassenden Vermehrungen des Mantinmentos ist einzuholen.

Magistratsrat Schmidt Soz.: Ich bin mit dem Auftrag des Bürgermeisters nicht zufrieden; ich hätte gewünscht, daß von der Bauteilung verlangt wird, die Arbeiter wieder einzustellen. Die Bauteilung hat in ihren Weisheiten alles versucht, um die Entlassungen zu rechtfertigen. Die Leute aber, die dort viele Jahre im Betriebe stehen, meinen, es wäre wohl möglich, sie weiter zu beschäftigen. Wir verlangen ja auch vom Privatunternehmer, daß er um die Winterzeit mit Entlassungen haushälterisch umgeht.

Gerade bei diesem Betriebe Beihäftigte können nicht so leicht wo anders unterkommen. Nun wird gefragt, die Leute seien nach dem Alphabet entlassen worden. Das ist nicht wahr; als Überbürgermeister Peve getragen wurde, wie er das gemacht habe, müßte er seine Antwort zu geben. Später hat man gefragt, die Arbeiter seien abteilungswise entlassen worden, und methowdigerweise trat dann die Entlassung die Organisierten, während die grösste Zahl der Nichtorganisierten im Betriebe blieb. Ich habe dem Bürgermeister ein Dokument übergeben, das dem beweist, daß es auf die Organisation abgesehen war. Ein Angestellter hatte sein Notizbuch verloren, in dem bei den Namen einzelner Arbeiters Benennungen standen, wie: ist organisiert, wird nicht mehr eingestellt; ist ein Seher; hat vor der Monate Kosten angedeutet; kann nicht wieder eingestellt werden, nicht organisiert. Der Mantinmento hat ihnen bei den Entlassungen gewußt, woher wandern nun, und genau, was der Mantinmento hatte, ist eingetragen. Zu den anderen städtischen Betrieben werden die Arbeiter rechtzeitig aufmerksam gemacht, wenn die Arbeit knapp wird; sie können sich dann um Arbeit umbauen. Da Leidenschaften hat man ja auch und soll entlassen, obwohl man anderen, die um Arbeit nachfragen, eröffnet hat, kommt in 11 Tagen wieder, da ob es Arbeit. Wir haben deshalb, als Magistrat, der Betriebsleitung den Fadel aufgesprengt, daß sie so mit den Arbeitern umzugehen ist und wir haben immer daran zu sorgen, daß da, wo es möglich ist, weiterbeschäftigt wird und die Leute wieder eingestellt werden. Was den Fall Ader erlangt, so könnte ich, danach, die Stadtgemeinde, ehe sie zum Stadtrat geht, sich unterreden soll, was an der Sache ist, damit je noch nicht sofort wieder einmal schwer blaucht.

Magistratsrat Kretzschmar hat als Verwaltungsrat die Erhebungen gelesen. Er erklärt, daß die Entlassung der 57 Arbeitern eine Konsequenz gewesen sei. Mantinmento Peve habe ihm gesagt, er habe nach dem Alphabet entlassen; das war aber nicht richtig. Peve hat vielleicht die Kinderarbeitsfähige entlassen und nur einige Kinderarbeitsfähige, die er zu beschäftigen brauchte, zurückgehalten. Er habe Peve vorbehalt gemacht, daß er auch Leute, die schon lange Zeit im Betriebe waren und ihre Gesundheit eingebüßt haben, entlassen habe. Die Leute auf dem beschleunigten Entlassungskatalog zu melden, sei bisher im Quellengebiet nicht üblich gewesen. Sie hätten eigentlich schon 11 Tage früher entlassen werden müssen, man habe aber im Interesse der Leute noch 11 Tage zugewartet. Der Mantinmento Zeileman hatte gar keinen Einfluss auf die Entlassungen. Überbürgermeister Peve habe einfach angeordnet, wo die Arbeit zu rufen habe und Peve bestimmt dann, wer entlassen wird. Peve verkennt aber nicht mit dem Mantinmento, der ihm sogar feindlich genutzt ist. Einzelne der Entlassenen unterarbeiten die Autorität und deshalb muß ich mich gegen ihre Widerentstehung wenden.

Überbaurat Schwiening hält es für wünschenswert, daß in Zukunft die Arbeiter rechtzeitig auf eine bevorstehende Entlassung aufmerksam gemacht werden. Was die Wiederentstehung betrifft, so könnte das Grundwasser wohl auf mechanischem Wege entfernt und die Arbeiten fortgesetzt werden. Allerdings dadurch wieder bedeutende Kosten verursacht, über deren Höhe er dem Magistrat Peicht eröffnet werden.

Nach einigen Erklärungen der Magistratsräte Schmidt und Kretzschmar bemerkte Überbürgermeister v. Voricht in seinem Schlußwort, daß noch nicht festgestellt sei, wie viel von den im Betriebe Verbliebenen organisiert seien, er sei sich auch noch nicht klar, ob bei der Entlassung nach Willkür vorgegangen sei. Auch die Sache mit dem Jubiläum des verlorenen Notizbuchs müsse erst noch geklärt werden. Die Anträge des Bürgermeisters wurden dann genehmigt; die Sozialdemokraten stimmten gegen die Strafverfolgung Achers.

Zu dieser Behandlung der Dinge gestatten wir uns vor allem zu sagen, daß man hier wohl wieder aus lauter Untersuchungen und Erwägungen nicht heraus kommen wird. Wir wollen jedoch darauf hinweisen, daß auch Laien mit ihren guten Augen sehen können, wenn sie wollen. Und daß der Stand des Grundwassers zur Zeit ein recht niedriger ist, das wissen in jener Gegend fast alle Leute. Einzelne Arbeiter — und diese wissen in manchen Dingen oft ebensoviel Weisheit wie Vorgelehrte — haben sogar, dem Stand im Sommer gegenüber, einen Fall von 50 bis 55 cm konstatiert. Dessen ungeachtet behauptet aber die Betriebsleitung immer noch, daß die Entlassungen notwendig wurden wegen zu hohem Grundwasserstand. Wir sind aber seiner noch der Meinung, daß eine ganze Reihe vom Wasserstand unabhängiger Arbeiten gemacht werden könnten, z. B. Wettergraben der Manne bis zum Grundwasser, Sandwerken. Einfallen beim Zammelschacht E. Anfertigung von Quersteinen u. dgl. mehr. Außerdem hat sich ja auch schon Leutemangel herausgestellt. Werkmeister Peve hat unter anderem gefragt, daß er noch 20 Mann zum Schienenlegen brauche. Beim Stollenwaichen, zu welcher Arbeit stets 25 bis 30 Mann erforderlich sind, waren nur

8 Mann aufzutreiben. Die Entlassung war also keine Notwendigkeit.

Wir wollen aber hier auch verraten, daß nach unsererseiten Überzeugung die Entlassungen nach freiem Erlassen und nicht nach bestimmten Voranzeichen vollzogen wurden. Um sich jedoch nicht den Stempel der Schuld an diesem Vor kommisse setzen aufzudrücken, zögert man mit den Wieder einstellungen. Ferner sind wir der Meinung, daß die fraglichen Beamten restituierend müssen, das geht gleichfalls schon aus den Ausführungen des Herrn Überbürgermeisters her vor, man scheint nur vor der konsequenter Durchführung seiner Anwesen zu tun, und das ist bedauerlich. Auf keinen Fall wird man diese Maßregelungen von 57 Arbeitern als pure Entlassungen stempeln können. Die hier geschilderten Verhältnisse bezogenen, daß man das Sozialrechts der Arbeiter missachtet hat. Zu unangenehm die Kenntnis dieser Tatsache für die Stadtverwaltung sein mag, uns bleibt nichts übrig, wie das Ding beim richtigen Namen zu nennen. Wir erheben deshalb Protest gegen ein derartiges Vorgehen der Beamten im Quellengebiet der Münchener Wasserförderung und erwarten, daß der Magistrat der Stadt München wieder gut macht, was einzelne Personen „Freunde“ der Arbeiterbewegung verhindert haben.

Unseren Kollegen mag dies aber wieder als neuer Ansporn dazu dienen, noch weit mehr wie bisher für die Ausbreitung und den Aufbau der Organisation zu sorgen, damit wir derartigen Geheimnissen gegenüber stets gewappnet sind und auch die Beamten einer Stadtverwaltung der Organisation ihrer Arbeiter größeren Respekt entgegen bringen. A. M.

### Unsere Agitation im finstern Osten.

Das schwierige Agitationgebiet für die moderne Arbeiterbewegung ist der Osten des Reiches, die Provinzen Südpfalz, Westpreußen, Polen und Schlesien. Während die ersten drei genannten Provinzen im allgemeinen wenig Industrie und größere Städte aufzuweisen haben, hat Schlesien und besonders Überhöhlens eine blühende Industrie und eine Zahl Städte, die sich im andauernden Aufschwung befinden. Trotz alledem hält es für die moderne Arbeiterbewegung ungeheure Mühe, in Schlesien Boden zu fassen, und nur sehr langsam entwickelt sich die Gewerkschafts- und politische Bewegung.

Ganz besondres schwierig liegen die Verhältnisse aber für unsern Verbund. Zwar haben wir, wie erwähnt, eine ganze Reihe von Städten, die sich in der Entwicklung befinden, so gibt allein 33 oberschlesische Städte mit über 10.000 Einwohnern, aber die kommunalen Betriebe sind erst in der Entwicklung begriffen. Dazu kommt, daß die Leitungen der Kommunen durchweg rechtlich gefasst sind und sich von sozialen Gesichtspunkten nicht lösen lassen.

Ein weiteres Hindernis ist der ungeheure Einfluß des Pfaffentums, besonders in Überhöhlens. Hier sind die Hochburgen des Zentrums, und zwar des reaktionären Flügels. Während am Rhein das Zentrum genötigt ist, sich wenigstens den Schein der Arbeitersympathie zu geben und im allgemeinen fruchtlose Arbeit vor sich hat, entfaltet es sich in Überhöhlens in seiner wahren Gestalt. Hier sind die Domänen der Grauen Matrosen, Präsidenten u. s. w. Wenn auch das Pfaffentum jetzt auf dem Wege ist, das Zentrum zu verdrängen, so ändert das doch nichts an der Tatsache, daß das Pfaffentum das Heil in der Hand hat. Es ist nur eine andere Art, der Genuß ist derselbe geblieben.

Auch der überwiegende Polizei sei nicht vergessen. Sie gehört mit zu den rücksichtslosen und schadlosen des Reiches. Versammlungsbeschränkung auch der sozialistischen Versammlungen bei Predigt und Predigtzeitlich. Alle Rechte werden dagegen und umsonst. Die kampfzivilen Verbrüderungen bei Versammlungen toteten sind einfach unnamenvergänglich. Selbstverständlich leidet darunter nur die moderne Arbeiterbewegung. Ebenso leidet verständlich in dabei auch der oberschlesische Polizeiamt, an welchem wir leiden. Bis vor ganz kurzer Zeit gab es noch Züge wie Montagsschule (65.000 Einwohner) und Weihen (60.000 Einwohner), in denen die Arbeiter überbaupt kein Polizei hatten. Und auch heute sind es nur vier oberschlesische Städte: Stettin, Görlitz, Bautzen und Weihen, welche Polizei haben. Zur Stettin hatte befindet sich eines im Bau. Nun möge man sich über und etwa Polizei vorstellen, wie sie die Berliner oder Hamburger Städte waren, sondern es sind Stettin ausgenommen, das einen Saal belegt, der etwa 300 Personen hat - ehemalige Weben Kunden oder Werksarbeiter, die mit vieler Mühe und großen Opferleidern errungen wurden.

Rednet man nun noch hinzu, daß der Alloboltonus in Überhöhlens geradezu Orgien setzt, daß der Ausfall nicht aus den üblichen Schnapsgläsern, sondern aus Weißseitlin genossen

wird, so kann man sich ungefähr einen Begriff von der Agitation in Überhöhlens machen. Eine Versammlung, in der vor Beginn nicht mindestens zwei Betrunkenen vorhanden sind, gehört zu den Meritäten. Dabei ist Überhöhlens das Land der Zukunft, dort arbeiten mindestens eine halbe Million Industriearbeiter, die durchweg noch für die Gewerkschaften zu gewinnen sind.

Natürlich wissen das auch unsere Gegner, und so finden wir alle Richtungen von ihnen vertreten. Da sind die Kiriide, die Christlichen, die katholischen Nachvereinler, die Katholiken alle durchlich, die Rechtsecken, die Polen (radikaler und milder Richtung), die christlichen Gesellenvereine und die Unterstüzungsfächer. Alle haben Beamte und seien auch die Verbände noch so klein und schwach; man rednet eben mit der Zukunft.

Was nun uns speziell betrifft, so haben wir natürlich mit doppelten Schwierigkeiten zu rednen. Mit die Arbeiterschaft in Überhöhlens an und für sich schon rücksichtig, fürsamt und voller Vorurteile, so sind es die bei der Stadt beschäftigten Arbeiter in geistiger Potenz. Auch die Frauendarbeit ist bei den Kommunen sehr vertreten. So verhält es sehr sonderbar, wenn selbst noch in Städten wie Oppeln (31.000 Einwohner) die Laternen von Frauen bedient werden und nicht etwa nur angezündet. Nein, die Frauen flattern die Leiter in die Höhe und putzen dort, wie eben sonst ihre männlichen Kollegen. Dabei sind sie ebenfalls wie durchweg die ärmeren Massen Überhöhlens, so daß man einen Anblick haben kann, bei denen sich ein Herr Heinrich-Mann schaudernd wegwendet würde. Das gedenkt im frömmem Überhöhlens, in den Zentrumssdomänen. Da, ja: Worte und Taten! Auch die Strafreinigung wird vielfach noch von Frauen verüben müssen.

Sowenig Überhöhlens, bei dem wir deshalb länger verweilen, weil es das für uns aussichtsvollste, wenn auch schwierigste Gebiet im Osten bedeutet. Am übrigen Schleien sieht es im allgemeinen nicht viel besser aus. Der Boden ist eben überall im Osten sehr steinig und mühevoll zu bauen. Wir haben noch ein paar Städte, wie Legnitz (50.710 Einwohner), Schweidnitz (31.000 Einwohner), Bautzen (15.000 Einwohner), Hoyerswerda und Reichenbach mit je 12-15.000 Einwohnern, aus denen mit Geduld und Zähigkeit etwas für uns zu holen ist. Auch das niederschlesische Schlesien — Waldenburg, Altwasser und Gottesberg — bietet mancherlei Chancen. Alles aber ist natürlich nicht von heute auf morgen zu erreichen und es wird noch manchen Großdenken lohnen und manche Stunde Arbeit verursachen, ehe wir mit einer einigermaßen beständigenden Bewegung der städtischen Arbeiter in der Provinz Schlesien und überhaupt im Osten rednen können. Wir haben eben hier kein rotes Königreich, sondern ein sehr schwatzes. Auch unsere Hauptstadt Dresden leidet unter diesen Verhältnissen. Wir bekommen hier in Meintulte die Kollegen aus Überhöhlens und müssen sie erst aus dem Schlafe wecken. Meine kleine Arbeit ist oft recht unlohnend. Hier vor den Toren Dresden-Plesau in die Heimat des Karlsdorf, Limoneg-Sitrum und Heidebrand von der Zalo. Hier werden sie gewählt. Dazu kommt, daß wir nahezu die rücksichtslose Stadtverwaltung vom Reiche haben, besonders bezüglich des Sozialrechts und des bekannten Herrenstandpunktes sowie der Richtererkennung der Organisation. Unsere Hauptgegnare sind besonders die unteren Beamten, die noch immer nicht einzeln können, daß die Arbeiter ein Recht haben, sich zu tagieren und bessere Verhältnisse zu erlämpfen.

Auch hat uns ganz selbsterklärendlich die Maßregelung vom 30. Dezember vorigen Jahres erheblich gesaddet. Es gab sehr viel Angst, die dem Verbände den Rücken fehlten, andere wieder waren mit den materiellen Ergebnissen unserer Bewegung daran zufrieden, daß sie sagten, nun haben wir ja eine ganz leidliche Existenz, jetzt brauchen wir den Verband nicht mehr; wenn wir einmal wieder in Rot sein werden, kommen wir wieder, wo doch wollen von pausieren! Auch die Weiterschreibung hat mitgetragen, wenn auch nicht ausschließlich, weil wir hier in Dresden eben immer ganz erhebliche Polizeiabschläge hatten.

Allmählich wird es ja nun wieder besser, wir steigen, wenn auch langsam, wieder festig in die Höhe und es ist zweifellos, daß die jetzt gewonnenen Mitglieder zweimaliger sind als die Mitglieder im Zitadel der Begeisterung verzeichneten. Die Mitglieder, Dresden im Jahre 1906 ist jetzt gehobt und innerlich gereift, ehe wir wie die Maßregelungssäcke können in mancher Hinsicht nicht losden, sondern wirken nur bindend und entfremdend.

So fehlen wir unsern Freunden mit der tödlichen Ausicht darüber, daß wir auch im Osten maximalen Erfolg erlangen werden, es nicht geben, sondern nur langsam, dafür aber um so besser. Wenn wir daher nicht jeweils von uns reden müssen, so kann es die Stellung im Reiche, nicht zu denken, daß wir hier unten leben. Wir arbeiten allerdings ehrig und unausgesetzt, um unsere Freiheit zu verbreiten und unserer gerechten und guten Ziele zum Siege zu verhelfen. Und wenn der nächste Verbundstag wieder zusammengetreten wird, so hoffen auch wir zufriedenmäßig nachzuweisen, daß unsre Arbeit im Osten nicht umsonst gewesen ist.

F. M.

## Verwaltungsbericht der Filiale Groß-Berlin 3. Quartal 1906.

„Zwischen mir und mir ist es nicht.“

Mit einer Variante dieses gelungenen Wortes schlossen wie den Bericht über das vorige Quartal. „Die eigenen Kräfte ausgenutzt!“ Dieser Appell schloß gewissermaßen das Programm für das nunmehr hinter uns liegende Quartal im Auge. Und es war sehr, sehr nötig. Wenn doch die „Schwarzscher“ nicht bloß unter den Mitgliedern im allgemeinen vorhanden; auch eine nicht unerhebliche Zahl von Betriebsleuten hielten sich ins Gedächtnis lassen und nutzten zur Störpbarkeit, zwar verbündet nebstamtlich, dann sie selbst von der Rotwendigkeit des Manager-Politikus auf Erhöhung der Beiträge überzeugt seien. „aber“ die anderen sage, mein Wunder, wenn bei jedem Manager ein Zusatz und Verständnis für die später eberndenden organisatorischen Aufgaben hier und da eine Wissensumfrage liegt, die schließlich weitere Wege zieht. Diese Wahrnehmung mußten wir in der Sitzung II. Monatssitzung machen. Sollten doch da einige bewunderte Zeichen zusammengefunden, um mittels eines von Praktizisten und Geistlichen stützenden Plakates für Abstimmung und Abnehmen Stimmbüchlein zu machen, d. h. eine Totalorganisation zu errichten. Doch identische dieser Verantwortungswerte — und, wie ich gesagt werden muß, auch hoc von einem Betriebsteilnehmer Karl anführte — verblieben überall an dem gefundenen Zustand der Sache. Aber nicht all in die Erinnerung, sondern auch anderwärts wurden abhängige Stimmmungen bestrebt werden. Doch das ungemeine Vertrauen zur Sache, zu den großen Sätzen unserer Organisation half der Abschaffung, alle diese Mängel zu umwandeln. Allerdings gab es auch mundhafte Verhandlungen zu führen. Die bei den Vorbereitungssitzungen der Kreisbüro eingetretene Verantwortung, die dem Filialvorstand oblag, brachte bald einen durch nichts gecharakterisierten Manager an Beirat zu demselben aufzutreten, um zu bestimmen, welche der wohlverstandene Interesse der Arbeit soll darüber hinweg. zwar brachte diese „Karte“ in die letzte Versammlung zu Leuten u. a. die Bezeichnungspunkte der Sitzung zwei und Charakterisierung ihrer Meister nicht jedoch gelang es sehr bald, nachzuweisen, daß absolut keine Verantwortung zu irgendwelchen Rücksichten verleg, wozu am Anfang des Sitzungsauftritts entdeckt, nachgewiesen wurden.

Diese Einsicht, welche in nachhaltiger Weise für die Filiale sich auswirkte, unternahm zu machen, was eine Aussicht, die an die Herren angeschauten und somit der Aufstellung nach geringe Anforderungen hatte. Um sie in Arbeit werden, mit Unterstützung des modern ausgebildeten Geistes der Gewerkschaften wurden die Meister überwunden. —

Die erste Aufgabe war, den Stellenen die für unseren Verbund so entscheidenden Bedürfnisse des Verbundstages zur Kenntnis zu bringen. Zur zweckwidrigen Zusammenstellung gehörte die, zu einem Klappblatt „Die jüdischen Arbeiter und ihre Organisation nach dem Verbundstag in Mainz“. Gleichzeitig zur Abstimmung nach dem Verbundstag in Mainz, gleichzeitig zur Abstimmung wurde dasselbe in 15000 Exemplaren verbreitet. Die Ausgabe der Weißblattschrift des Gewerkschaften und des Protokolls über die Mainzer Tage schloß sich später an. Alle diese Publikationen enthalten eine Kritik des Mainzer Krieges, so den offiziellen Standpunkt hier nochmal angeführt. Von Bedeutung ist für die jüdische Groß-Berlin die abgänderte Abstimmung des 29. Februar, die den jüdischen Arbeitern die Möglichkeit, den offiziellen Verhältnissen angemessene Unterordnung zu schaffen, anderseits jedoch bestimmt, daß diesen „feindlichen Selbständigen in Verwaltung- und Missionssachen“ aufgetragen wird. Es steht in dieser Bestimmung ein weiteres Schrift zur Fortsetzung zwischen Organisation, die ehemalige Kraft und Zulässigkeit des Verbundes wird dadurch bestimmt. In Wirklichkeit diese haben zulässig und erneute Verhandlung forderten, daß vom 1. Januar 1907 ab Erstrebungen in den Sitzungen nicht mehr erheben, mit dem 1. Oktober 1907 die Sitzungen erneut erheben und eventuell noch vorhandene Verträge dem Konsortium übertragen werden. Dies ist die zentrale zumindesten Aufgabe, die die Beobachtung zur Durchführung zu bringen. —

Einen recht erfreulichen organisatorischen Erfolg bedeuteten die zu gutem Ende geführten Verhandlungen zur Niederwertermittlung mit der Gruppe Rechtsinspektionen. Anfangs führten zwar das Ziel schwer erreichbar; der von beiden Seiten in die Eröffnung treftende alte Willen hat aber schließlich zu der für die Bewegung wünschenswerten Einheit geführt. — Hatten wir, dann ein in der gleichen Richtung antreibende Verträge bei einer anderen, leider noch absents stehenden Gruppe von gleichem Erfolg geführt. —

Von den inner organisierten, mehr verwaltungstechnischen Arbeiten handelt es vorerst die Durchführung des neuen Beitragsstaatsauftrages. So weiter der Abschluß des alten Modells fortgeführt, um so mehr erwies sich die Generals konventionale Unterordnungen, wie sie offenkundig die bisherige dezentraleleitete Hoffenführung zum Teil mit verhindern, durchaus funktionsunmöglich werden. Dazu gehört aber die konsequente Durchhaltung der Filialleitung getroffenen Bestimmungen; ein passiver Wider-

stand, wie ihn der Hassenholz Kollege Schabel hier und da antrof, wurde da außerordentlich erforderlich.

Wenden wir uns nun der Agitationstätigkeit zu. Neben der ausschließlichen Reihe von Versammlungen wäre, welche die eingeschlossenen Tätigkeiten und Missionen erforderten, blieb auch sonst ein tüchtiges Stück Arbeit zu leisten, sobald der Mitte September eingetroffene Kollege Otto Wahl, dem der Filialvorstand die Leitung der Abstimmung übertrug, von seinem gleichzeitig eingetroffenen wurde. Auch des Kollegen Paul Schulz, welcher kurz vorher ins Kreisbüro eingezogen war, hatte ein vollerstreut Venenum. So wurden Wahlmeutigen aber möglicherweise so oft — wenn auch ungern — für uns agitatorisch tätige Berliner Magistrat durch seine weiche Wirkung an die Organisation erinnert haben. Die Versammlung vom 17. August, welche eine geradezu emporende Begeisterung des ihnen ohnedies immerhin bedeutenden Kommunalrats bewirkte, mußte wenigstens selbst dem Stumpfumzug die Augen öffnen über die so bei ihm unbekannte „soziale“ Tätigkeit der Berliner Rathausgewerkschaft. Leider ist dem nicht so! Auch dieser starke Wahl verhinderte bei so unbedeutend noch nicht erzielte mit Ausdrucke neuerliche Aufklärungskraft der Organisation wird hier nachdrücklich wünschen. — Welche Stärke einer zielstrebigen Bewegung angetrieben vermag, das beweist die Tatjade, die endlich durch das thermische Drängen der Gewerkschaftsarbeiter die 18. Februarstrafe rückte. Doch das nicht allein, als weiterer Erfolg ist die Einführung der Abstimmung einheitlich in den Betrieben mit jüdischen Arbeitern seit dem 1. Februar zu verzeichnen. Vor den geraden Arbeitern „verdient“ man erstmals und genau der Lohn „Zimmermann voran“ besaßt auch vom Komitee noch nichts. Es wird also die Arbeit der Organisation weiterhin sein, dem Kampf etwas Bedeutung beizulegen.

Den letzten Teil des Berichts soll nahm die Vorbereitung unserer Gewerkschaft in Angriff. Sowohl die jüngst noch erbaulichste, wie die monatliche Haupt- und Rundschau“ — beiden ihren Akteuren obliegen darf, als auch die zur Monatsschrift „Gewerkschaft“ gehörige Zeitung verhältnismäßig eine Aufmerksamkeit. Die „Rundschau“ ist jährlich dreimalige Auflage mit einer gebündelten Ausgabe werden von dem Kollegen Hirschner Stadtvorsteher veranlaßt und erneut von dem Kollegen Hirschner Stadtvorsteher über nicht ausdrücklich im Gesetzestext, es soll uns ein Artikel sein, den einzigt am ja taatkräftig zu organisieren. —

Werfen wir nun zum Schluss einen Blick auf das Resultat der Tätigkeit unserer Kreis. Wenn! Da sind uns die Mitgliedsbeiträge — die übrigens auch diesmal sehr hoch stellten — mit einem kleinen Nachdruck, als gegenüber dem Verband von 1905 am vorigen Quartalsende jetzt nur 1775 Mitglieder zu verzeichnen sind. Doch mit dies feinstes fröhlich zu nehmen. Nein, wie kommen jüdisch mit vollem Recht angesetzte der im Vorhergehenden wiedergeholt geschilderten Schwierigkeiten gewogen von einem rezentlichen Besetzung sprechen, um so mehr, wenn im Vertrag festgelegt wird, daß wir die in den letzten Sitzungssitzungen bereits bestimmte Zusammensetzung der statutenmäßig Reitenden diesmal zu Ende führen. Die jetzt festgestellte Mitgliedszahl ist also nicht mehr nominell zu betrachten, so sehr vielmehr den letzten Stand wiedergibt, d. h. zahlender Mitglieder dar. Sofern liegen auch der mit 23.177,07 M. belaufenden Stoffabfindung einen treffenden Bericht, indem er trotzdem ein Steigen der Einnahmen aus Eintrittsgeldern und Beiträgen von 12.969,15 M. zu vorher auf 14.792,50 M. im jeweils Quartal, also um 82,35 M. feststellen kann. An die Beitragszettel wurden 7791,53 M. abgeführt, ausgezahlt aber noch auf befindlichen Weisungen aus Abstimmung 2000 M. Als Beitrag verbleiben 738,37 M. —

Zur Kampfzeit des Gewerkschafts, dessen Fortführung auf lokaler Basis die Wege durch Abstimmung ablehnen, lädt leicht jetzt mit 10.891,20 M. ab.

Der Unterhaltungsfonds liegen 24,18 M. zu, darunter 10,87 M. Sommerzeit, Überbildung und eine U-Verteilung füllens der Sitzung XI von 100 M. Das Verteile möchten wir den anderen Sitzungen zur Rundschau angelegenheitlich empfehlen. Ausgeschlossen wurden aus dieser Runde 28 Fälle mit 498 M.; dieselbe bestreift sich am Quartalsende auf 37,59 M.

Wie hat die Innenaufgaben des Kreisbüros immer mehr und mehr steigen, ist aus den Posten Ein und Ausgaben zu erkennen. Die ersten sind von 746 auf 835, die letzteren von 17,2 auf 2610 gestiegen. Erreicht sei noch, daß die Kollegen Pallentin und Rehbe aus dem Aufenthaltsland ausdrücklich; an ihre Stelle traten durch Wahl die Kollegen Georg Schmidt und Emil Götz. —

Alles in allem können wir auch mit diesem letzten Quartal sehr zufrieden sein. Sie zu einem erheblichen Teile auf die Verfolgung der Beschlüsse des Mainzer Gewerkschaftsparlaments gekommene Tätigkeit in der Filiale hat in der erweiterten Weise ihre Ziele gezeigt, alle jene ab absurdum führend, die nicht mehr wurden, ganz in grau zu malen. Es hat sich wiederum gezeigt, daß der Geist der modernen Arbeitsteilung unantastbar fehlt auch in den Reihen der Gewerkschaftsarbeiter; wohl kann kein Ziegelauf dann und wann geringsfügigen Schwankungen unterworfen sein; niemals aber wird er in seinem jetzigen Formular aufzuhalten werden können.

Die Kreisverwaltung.

### Drei Anträge auf Gewährung von Teuerungszulagen.

Mitte September überreichten die städtischen Arbeiter Dresden durch die Verbandsleitung den beiden städtischen Kollegien wohl begründete Forderungen auf Belebung ihres Arbeitsverhältnisses. Angesichts der auch den Arbeitern nicht unbekannten hohen Lebensmittelpreise hofften sie, die Stadtverwaltung werde schließlich dazu Stellung nehmen. Wie jetzt ist das noch nicht gekommen. In Dresden ist jedoch die Fleischsteuerung besonders fühlbar, dreimal muss dieser jetzt so rate Anteil vermehrt werden, ehe ihn der Konsument vergessen kann. Das ist der Zogen der städtischen Belebungsforderungen. Andenken bemüht sich auch bürgerliche Kreis eine gewisse Erregung. Das kam zum Ausdruck durch einen von einem antisemitischen Stadtverordneten gefallenen Antrag, Schritte zur Eindämmung der Fleischnot zu unternehmen. Das Stadtverordnetenkollegium beschäftigte sich mit dieser Frage und beschloß einstimmig in solchen Zahlen eine Entscheidung: „Den Rat zu er suchen, bei der Reichsregierung vorstellig zu werden, daß von dieser baldigst Maßnahmen zur Vorbereitung der beitreibenden Fleischnot beziehungsweise zur Herbeiführung einer Herabminderung der bestehenden hohen Fleischpreise getroffen werden.“ Dieser Antrag war den sozialdemokratischen Stadtverordneten noch nicht weitgehend genug, sie beantragten deshalb noch, der Rat solle Mittel und Wege ausfindig machen, um nach dem Beispiel anderer Städte die minderbenötigten Einwohner mit möglichst billigen Lebensmitteln versorgen zu können.

Der Stadtverordnete Schenck Altmayer verwies in der Prüfung dieses Antrages darauf, daß in Sachsen, speziell in Dresden, die Lebensmittel noch besondere verteuert werden müßten, um daß der Überbürgermeister Bentler an der Spitze der Bewegung steht, welche von der Aufzehrung der tonnauenden Lebensmittelbelastung nichts wissen will. Der Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten wurde denn auch einstimmig angenommen. Dies beweist jedenfalls, daß viele Kreise des Bürgertums unter der Fleischnot und ihren Folgen zu leiden haben. Eines darf hierbei durchaus nicht übersehen werden: früher, als im Stadtverordnetenkollegium noch keine Sozialdemokraten saßen, wurden derartige Anträge tatsächlich abgelehnt, jetzt aber sind die Antisemiten darauf bereit, den Sozialdemokraten mit solchen Anträgen zuzustimmen. Sollten etwa die am 29. November bevorstehenden Stadtverordnetenwahlen eine solche Entwicklung haben?

Jedoch, so gut geminiert diese Magistraturen auch sind, ihre Bekämpfung wird genauer jetzt auf sich warten lassen. Den Arbeitern ist damit aber nicht gedient, hier ist schnelle Hilfe notwendig. Auf die große Zahl der städtischen Arbeiter wird die Arbeitszeit immer länger, leider damit auch das Einkommen. Wenn nach der Allgemeinen Arbeitserziehung, deren Umwandlung fast noch zu erleben hoffen, wird nur die tatsächlich geleistete Arbeitszeit bezahlt. Der Verdienst war im Sommer noch nicht übermäßig hoch, für viele also biß es, ich gewaltig erinnerten.

All diese Umstände zeitigen daher den Antrag der sozialdemokratischen Stadtverordneten: „In Abrede der geringen Wohlhabung und in Rücksicht darauf, daß von dieser Teverung besonders die kleinen Einkommen hart betroffen werden, wird der Rat erachtet, schließlich eine Verlagerung an die Stadtverordnete zu bringen, nach der allen im Dienste der Stadt befindlichen Personen eine Teuerungszulage zu gewähren ist, jowohl der Gehalt oder Lohn 2000 M. nicht übersteigt.“

Auch in bürgerlichen Kreisen war man in dieser Beziehung nicht unfehlbar und brachte durch den Stadtverordneten Gud (Wiegert) ebenfalls einen Antrag ein, nach welchem allen in städtischen Diensten stehenden Personen eine Teuerungszulage zu gewähren sei.

Als dritter im Punde erschien der Antrag des Rates: „Ab 1. Oktober eine Neuregelung der Gehaltszahl der Städtebauate in der Weise vorzunehmen, daß der Anfangsgehalt von 7500 M. auf 9000 M. erhöht und das Endgehalt von 11000 M. auf 12000 M. erhöht werde, und daß auf Grund dieser Neuregelung die Stadtbauate Höhe und Mette in das Hochdienstfach, der Städtebauat Erkheim aber in die Stufe von 11000 M. versetzt wird. (Die letzteren bedeuten das eine Gehalt von 500 M.)“

Diese drei Anträge ergaben für unsere Stadtbauate eine heile Situation. Hier eine Teuerungszulage an solche Personen, welche unter 2000 M. verdienen, und dort eine Zulage, welche fast zwei Jahre verdiente der niederen Beamten und vier Jahre verdiente der Städtebauarbeiter bedeuten.

Und was geschieht? Die Teuerungszulagen für die Arbeiter wurden einem Ausschuß zur weiterholenden Prüfung übertragen, die Gehaltsregelung der Beamten aber genehmigt. Die Sozialdemokraten stimmen selbstverständlich dagegen. Die so auf gebefferten Herren Bauräte haben sich dann auch gestellt, dem Kollegium ihren „Antrag“ Dant ausgetragen.

Die Arbeiter werden das bei den Stadtverordnetenwahlen erledigen. — Hier zeigt sich so recht wieder die ganze sozialpolitische Geiung der Dresdener Stadtbauate. Die Neuregelung der Teuerungszulagen an die Ausländer ist nicht weiter als eine Verschleppung der Sache. Denn nun können ja die Arbeiter warten,

die etwas Positives herausbekommen, wenn überhaupt etwas daraus wird. Nach den Ausführungen des Oberamtmannen Urschütz schreibt, ist nicht viel zu erhoffen. Dieser Herr meinte, man müsse das Allgemeinwohl berücksichtigen, nicht nur das der städtischen Arbeiter. Diese Worte nehmen sich von dieser Seite höchst sonderbar aus.

Die Leute, die ohne Bedenken zahltausende für sportlichen, patriotischen und sonstigen Wunnus hinauswerfen, die reden von Allgemeinwohl und tragen sich sonst wo, wenn für städtische Arbeiter etwas verlangt wird. Nun, höchstlich wird den Herrschaften bei guter Zeit gezeigt, wo Partei den Platz holt. Wie schon gesagt, finden am 29. November die Stadtverordnetenwahlen statt. Hier bietet sich für die städtischen Arbeiter, soweit sie im Reing des Bürgertums sind, die beste Gelegenheit, ihren Dant für die liebesvolle Fürsorge der Herren um Urschütz abzutreten. Mein städtischer Arbeiter darf der Wahlurne folgenbleiben. Für wen er seine Stimme abgibt, das dürfte wohl für keinen, der die Vorschriften im Kollegium verfolgt hat, zweifelhaft sein. Es sind immer die sozialdemokratischen Stadtverordneten gewesen, welche bei jeder Gelegenheit für die Interessen der städtischen Arbeiter eingetreten sind. Freilich war ihre Zahl bisher noch klein, aber am 29. November gilt es, sie zu verdoppeln!

Städtische Arbeiter, tut Eure Pflicht!

Wir wollen bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch daran zu erinnern, daß in Dresden auch eine Organisation für die städtischen Arbeiter besteht, und dieser ist es zu verdanken, wenn diese und jene Verbesserung durchgeführt worden ist. Seider überwann viele städtische Arbeiter dies nicht zu wissen, denn sonst könnten sie der Organisation nicht noch fernstehen. Deshalb möchten wir an dieser Stelle auf diese Organisation, den Gemeindearbeiter-Verein, hingewiesen haben. Pünktlich jedes städtischen Arbeiters ist es, sich unserem Verband anzuschließen, damit wir um so schneller unseren Wünschen Gehör verschaffen!

### Aus den Stadtparlamenten.

**Gießen.** In der letzten Stadtverordnetensitzung wurde den städtischen Arbeitern und Arbeiterninnen 20 Pf. pro Tag Zulage in Anspruch der heraufsehenden Teverung bewilligt.

**Plauen.** In der am Dienstag abgehaltenen Stadtverordnetensitzung wurde einem Antrag zufolge zugestimmt, nach daß die Stundenzölle der Patenmeister und -Väter mit Rücksicht auf die hohen Lebensmittelpreise um eine Mark für die Woche aufzugeben werden sollen.

**Hanau.** Am 1. November wurde in der Stadtverordnetensitzung der Antrag unserer Kollegen auf Gewährung einer Teuerungszulage von 10 Pf. pro Tag abgelehnt. Wir entnehmen der „Kreis-Politik“ darüber folgendes: Stadt. Holm batte beantragt, den Magistrat zu erläutern, schließlich eine Verlagerung zu machen, nach welcher 1. noch in diesem Jahre den verheiratheten Beamten mit einem Gehalt bis zu 2000 M. eine außergewöhnliche Untercubung bis zu 100 M. gewahrt wird und 2. eine Gehaltszehrung durchgeführt werde. Die Sozialdemokraten beantragten, daß diese Maßnahmen auf alle Personen, welche im Dienste der Stadt stehen und deren Arbeitsverdienst sich in den in dem Antrage Holm angeführten Grenzen bewegt, also auch auf die Arbeiter, erstreckt werde. Wie im Finanzausschuss voten auch im Plenum alle Redner darüber einig, daß eine Gehaltszehrung plötzlich durchgeführt werden soll, doch aber diese Sache nur in einer besonderen Kommission erledigt werden könne. Ebenso waren die Herren darüber einig, daß die Lohnzehrung mit rücksichtender Kraft durchgeführt werden soll. Dagegen war im Finanzausschuss der erste Teil des Antrages Holm, Bewilligung einer außerordentlichen Haushaltung, abgelehnt worden. Die Sozialdemokraten hatten nun den folgenden Antrag gestellt: „Den verheiratheten Beamten und Arbeitern mit einem Lohn bis zu 2000 M. pro Jahr wird ein Zuschuß von 120 M. und den unverheiratheten mit einem Lohn bis zu 1500 M. ein Zuschuß von 40 M. sofort ausgeschüttet. Den verheiratheten Beamten und Arbeitern sind diejenigen ledigen Zuwendungen, welche für Angehörige zu richten haben. Dieser Zuschuß wird von dem Betrage der Lohnzehrung für die Zeit der rücksichtenden Kraft der Lohnzehrung in Abzug gebracht.“ Stadtverordneter Dr. Wente erhob zunächst Einspruch gegen die Prüfung des letzten Antrages. Der Antrag habe eine solde ironische Tragweite, daß er erst in dem Finanzausschuss prüft werden müsse. Der verheiratheten Beamten und Arbeitern sind diejenigen ledigen Zuwendungen, welche für Angehörige zu richten haben. Dieser Zuschuß wird von dem Betrage der Lohnzehrung für die Zeit der rücksichtenden Kraft der Lohnzehrung in Abzug gebracht.“ Stadtverordneter Dr. Wente erhob zunächst Einspruch gegen die Prüfung des letzten Antrages. Der Antrag habe eine solde ironische Tragweite, daß er erst in dem Finanzausschuss prüft werden müsse. (Der Oberbürgermeister erklärte nach Ablauf eines Ratschlags, sofort Anlaß über die finanzielle Tragweite des Antrages der Sozialdemokraten zu geben.) Außerdem mithin sich über den Antrag zunächst keine Ansicht verständigen. Als solche Stadt. Holm seinen ersten Antrag auf Gewährung der im Antrag erwähnten, erhob hiergegen Herr Dr. Wente keinen Einspruch. Stadt. Holm protestierte nun gegen den Vorgesetzten des Stadts. Dr. Wente gegen den Antrag der Sozialdemokraten und gegen den des Herrn Holm. Beide Anträge bewegten sich auf dieselben Punkte. Wente trocken hielt Dr. Wente gegen den einen Antrag Einspruch erheben, den andern Antrag aber nicht beanstandet hat, so sei dies kein fauliges

Vorgeben mehr, sondern nur geeignet, die Sache zu verschleppen. Der Vorsitzende gibt zwar Herrn Hoh in der Sache Recht und schlägt demgemäß vor, daß auch der sozialdemokratische Antrag besprochen wird, wenn aber den Vorwurf des Unjedlichkeit und der Beschleppung gegen Stadtv. Dr. Wente zurück. Der Oberbürgermeister erklärt, daß der Magistrat sich für die Anträge des Herrn Holm und der Sozialdemokraten erkläre, die einstige Unterstüzung wäre nicht so hoch, sondern nur auf  $\frac{1}{2}$  der Höhe des sozialdemokratischen Antrages festgelegt habe. Er weist auf die Notwendigkeit hin, den unteren Beamten und den Arbeitern jetzt sofort einen Zufluß zu gewähren, damit sie die notwendigen Einstände für den Winter machen können. Stadtv. Holm spricht in demselben Sinne. Auch der preußische Staat habe solche Zuschüsse den Beamten gewährt. Er bittet dringend, die Sache nicht zu verschleppen. Stadtv. Dr. Hoh fragt, welchen Zweck die Herren denn mit der Verweisung der Lohnzehrung an eine besondere Kommission hätten, wenn sie, wie Herr Dr. Wente, noch gar nicht zu einer Lohnzehrung für die unteren Beamten und Arbeiter bereit sind? Er und seine Freunde sind dazu bereit, und deshalb treten sie auch für den Zufluß ein. Ganz unberedigt sei es, daß Herr Dr. Wente die untauglichen Arbeiter, nachdem sie den Zufluß erhalten haben, aus dem städtischen Dienst austreten; dann hätte die Stadt den Schaden. Stadtv. Hoh fragt, welchen Zweck die Herren denn mit der Verweisung der Lohnzehrung an eine besondere Kommission hätten, wenn sie, wie Herr Dr. Wente, noch gar nicht zu einer Lohnzehrung für die unteren Beamten und Arbeiter bereit sind? Er und seine Freunde sind dazu bereit, und deshalb treten sie auch für den Zufluß ein. Ganz unberedigt sei es, daß Herr Dr. Wente die untauglichen Arbeiter, nachdem sie den Zufluß erhalten haben, aus dem Dienste der Stadt zu treten. Zu einer solchen Verantwortung der Arbeiter habe Herr Dr. Wente auch nicht den geringsten Grund. Aber ganz abgesehen davon werde es sich ein Arbeiter wohl überlegen, ob er seine Stelle bei der Stadt aufzugeben soll. Stadtv. Hoh tritt in seinem Schlussswort für Ablehnung des Zuflusses ein. Die Verhältnisse seien nicht so schlimm. Kein Beamter oder Arbeiter wolle mehr Lohn haben. Die Arbeiter hätten seit vor 1½ Jahren eine reichliche Lohnzulage erhalten. Verhungert sei noch kein Arbeiter. Die Anträge auf Gewährung eines Zuflusses würden gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der Herren Holm und Wolf abgelehnt, die andern Anträge auf Einsetzung einer Kommission befürworten Erhöhung der Gehälter und Löhne, namentlich der unteren Beamten und Arbeiter, mit rückwirkender Kraft angenommen.

**Heidelberg.** In ihrer gezeitigen Sitzung haben die bürgerlichen Kollegen beschlossen, in Anbetracht der Teuerung des Lebensunterhaltes aller städtischen Unterbeamten und städtischen Arbeitern, welche ein Jahresunterkommen von weniger als 1500 M. zu beziehen, mit Wirkung vom 1. November ab eine tägliche Zulage von 20 Pf. zu gewähren.

**Leipzig.** Eine lebhafte Debatte entspann sich über zwei Anträge auf Teuerungszulagen für die Angehörigen der Stadt im Stadtvorordnetenkollegium. Obwohl viele der Redner entschieden für eine fairen Verhandlung eingetreten, setzte doch die knappe Mehrheit eine Art Verhandlungspraktik durch, indem man die Anträge an die Abschaffung verwies. Der Oberbürgermeister rügte eine gewisse Übereinkunft mit der Minderheit zu beweisen, indem der Rat eine Vorlage zur Aufmerksamkeit der Löhne und Gehälter der Angehörigen bis zu 2000 M. in nahe Aussicht stellte.

**Mülheim.** Die Stadtvorordnetenversammlung nahm in öffentlicher Sitzung nach mehrstündiger Debatte über die Fleischsteuerung einstimmig folgende Anträge des Stadtvorordneten Allottee an: 1. die Regierung zu ertragen, die geeigneten Maßnahmen zur Linderung der durch die Fleischsteuerung und der damit in Verbindung stehenden allgemeinen Preissteigerung der Lebensmittel hervergerufenen Not mit Beleidigung zu treffen; 2. in der Teuerungsangelegenheit ein gemeinsames Vorgehen mit den wirtschaftlichen Gruppen des rheinisch-westfälischen Industriebezirkes anzustreben. Der weitere Antrag, die Bildung einer nebensächlichen Kommission vorzunehmen, die sich besonders mit der Angelegenheit befassen sollte, wurde mit 25 gegen 20 Stimmen abgelehnt und ein Antrag, die Löhne der Arbeiter in städtischen Betrieben zu erhöhen und den verherrlichten Beamten und Lehrern im Gehaltsbereich bis zu 3000 M. eine Teuerungszulage zu gewähren, deren Abstufung nicht so sehr nach dem Mangel der Beamten, sondern mehr nach der Zahl der Familienangehörigen zu erfolgen habe, der Finanzkommission als Material überwiesen. Es ist eine Neuregelung der Arbeitslöhne und Gehälter geplant.

**Mülheim a. d. Ruhr.** In der letzten Stadtvorordnetensitzung wurde ein Antrag, die Löhne der Arbeiter in städtischen Betrieben sofort um 10 Proz. zu erhöhen und den verherrlichten städtischen Beamten und Lehrern mit einem Gehaltsbereich bis zu 3000 M. eine Teuerungszulage zu gewähren, mit allen gegen 1 Stimmen abgelehnt, jedoch soll eine Gehaltssteuerung der städtischen Beamten bei den nächstherrigen Stotsgauffestellung im Auge behalten werden.

**Mensched.** In einer höchst lebhaften Debatte kam es in der letzten Stadtvorordnetensitzung infolge eines Antrages des sozialdemokratischen Stadtvorordneten Wohl, den städtischen Arbeitern eine 10prozentige Teuerungszulage zu gewähren. Nach ausführ-

licher sachlicher Begründung seitens des Antragstellers ließ sich der Herr Oberbürgermeister Hollau folgendermaßen vernehmen: Wenn Gotha glaubt, den Anschein erwunden zu müssen, als wenn er nur die Interessen der Arbeiter vertrete, so muß ich doch darauf hinweisen, daß die Verwaltung die Interessen der Arbeiter ebenso gut vertrete. Es sind schon in letzter Zeit Zulagen gemacht worden, zudem stehen unsere Löhne im städtischen Gas- und Wasserwerk sehr gut. Es erhalten Vorarbeiter 180 M., Getreter 5 M., Männer 1200 M., sonstige Arbeiter, Laternenmänner 3,75 M. Über die Löhne im städtischen Bauamt wird Ihnen Stadtbauamt fortwährend berichten, auch dort hat im Laufe des Sommers eine Erhöhung Platz gesiegen. Dann geht es nicht an, eine Prozentzige Lohnzehrung zu gewähren, da kein Gas- und Wasserwert sich der Stadtv. um 1200 Mark höher stellen würde. Ebenso würden wir auch nicht umhin können, dieses auf die städtischen Beamten, die ein Gehalt von weniger als 2000 M. beziehen, auszudehnen. Ich bitte daher, über den Antrag zur Tagesordnung überzugehen! Troch dieser verhinderte Abwürfung des Antrages durch die „höchste Stelle“ und troch der daraus geläufigen Sozialisten-debatte war die Stadtvorordnetenversammlung einstellig genug, den Antrag einer Kommission zur beabsichtigten Erledigung zu überweisen. An die Menscheder Kollegen aber ist es, sich über die „sehr guten“ Löhne einmal in der Öffentlichkeit auszusprechen!

**Reutlingen.** Einem Besuch der städtischen Beamten um Erhöhung der Höhe ihres Gehaltsstatus entsprechend, haben die bürgerlichen Kollegen beschlossen, auf 1. April 1907 die Gehaltsverhältnisse dieser Beamten neu zu regeln und die Höhe allgemein in Abetracht der zunehmenden Teuerung der Lebensbedürfnisse um 300 M. zu erhöhen. Zu gleichem Zeitpunkt tritt auch die Gehaltsregulierung der städtischen Unterbeamten in Kraft, was für den Einzelnen außerordentliche Gehaltszulagen von 50 und 100 M. bedeutet. Durch die Erhöhung der Beamtengehälter erwächst der Stadtv. ein jährlicher Mehraufwand von etwa 8000 M. -- Und die städtischen Arbeiter Reutlingens?

**Ulm.** Die Stadtvorordnetenversammlung hat den städtischen Beamten und Bediensteten bei Gehältern bis zu 2000 M. eine Teuerungszulage von 8 Proz., bei Gehältern von 2010 bis 3000 M. von 7 Proz. und über 3000 M. von 5 Proz. gewährt. Die Zulage soll ständig sowie pensionsberechtigt sein und vom 1. Oktober d. J. an beginnen.

**Büdingen.** Der Gemeinderat beschloß, mit Rücksicht auf die derzeitigen teuren Lebensverhältnisse ausnahmsweise den städtischen Arbeitern für den kommenden Winter den höheren Lohn des Sommers zu bezahlen.

### Aus unserer Bewegung.

**Kreisburg.** Am 4. d. M. hielt der Gemeindearbeiter-Verein eine öffentliche Versammlung ab, in welcher die Aufgaben des Arbeiterausstausches behandelt wurden. Das Referat hatte Kollege Leonhard übernommen. Derselbe erledigte die ihm gestellte Aufgabe mit Bestand, was der allgemeine Verfall am Schluss seiner Rede bezeugte. Redner führte u. a. aus, daß eigentlich der Arbeiterausstausch machtlos sei, wenn ihm nicht eine straffe Organisation im Hintergrunde liegen würde. Auf seine Ausführungen folgte dann eine sehr lebhafte Diskussion. Es wurde sodann folgende Resolution gefasst: „Die heutige öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter beauftragt den Arbeiterausstausch, bei dem vereinbarten Stadtrat vorstellig zu werden, daß in nächster Zeit eine Einberufung des Arbeiterausstausches stattfinden soll.“ — Als dann erledigte man den weiteren Teil der Tagesordnung. Wir haben die Überzeugung, daß der Arbeiterausstausch seine Pflicht erfüllt, jedoch er uns wirklich zum Segen gereicht. Mögen aber auch die städtischen Arbeiter, welche heute noch unserem Verband fernstehen, erkennen, daß sie nur durch die Organisation zu ihrem Ziele kommen können.

**Hanau.** Die Generalversammlung der Filiale Hanau fand am 3. November statt. Den Rahmenbericht erläuterte Kollege Gauldreich. Die Einnahmen ergaben 174,11 M., die Ausgaben 25,50 M., an den Verbandsverein wurden abgezahlt 86,26 M., bleibt ein Bestand von 62,25 M. Auf Antrag der Revisoren wurde einstimmig Entschuldigung ertheilt. Der zweite Punkt der Tagesordnung betraf die Wahl eines 2. Vorsitzenden. Gewählt wurde einstimmig Kollege Kraan. Unter Berücksichtigung wurde vom Vorstand bekannt gegeben, daß die Kollegen Wolf und Schäfer aus unserem Verband ausgetreten und zum Radikallinen und Herzerverband übergetreten sind. Es wurde ein Antrag gestellt, die Angehörigen Schäfer und Wolf dem Vorstand zu übertragen, damit er sich mit dem Vorstand des Radikallinen und Herzerverbands in Verbindung setzt, um die Angelegenheit zu regeln. Hierauf wurde die Versammlung um 12½ Uhr geschlossen.

**Mannheim.** Am Samstag, den 3. November, fand in der „Zentralhalle“ eine fast bedeutende öffentliche Versammlung statt. Die Tagesordnung lautete: „Die Lage der städtischen Arbeiter und ihre Bedürfnisse an den Stadtrat.“ Das Referat hatte Genossen Reichenbach d. J. übernommen. Redner führte den Anwesenden vor Augen, daß man bei den jetzigen hohen Lebensmittelpreisen für mehr Geld weniger Ware bekommt als in früheren Jahren. Alles steigt im Preise, nur die Arbeitetkraft nicht. Dem

Arbeiter bleibt deshalb nichts übrig, als sich durch Zusammenfassung; in einer starken Organisation bessere Lebenshaltung zu erzielen, wenn er nicht sterben oder hungern will. Redner fand dann auf die Forderung der Lebensmittel durch Gewerksuppen und Zölle zu sprechen und bemerkte, daß vor allen Dingen die Stadtverwaltungen die Pflicht haben, ihre Arbeiter richtig zu bezahlen, indem sie durch die Petitionen an die Regierung um Leistung der Grenzen zu erfordern geben, daß tatsächlich ein Notstand vorhanden ist. Die aufgeteilten Forderungen bezeichnete Redner als sehr bedeutsam, indem heute die Privatbetrieb zum Beispiel an gelernte Arbeiter bedeutend höhere Löhne zahlen als wie die von der Stadt geforderten. Redner befürchtet dann die aufgeteilten Forderungen im einzelnen und ist der Ansicht, daß vor allen Dingen die Förderung der Monarbeiter, in kleinen Maßen zu verüben, erfüllt werden muss. Denn gerade diese Kategorie habe die etablierte und gesundheitsförderliche Arbeit zu verrichten. Auch die Forderung einer Zulage an solche Arbeiter, welche vorwiegend Ladins beschäftigt werden, entspricht nur der Willekeit, da von den Aerzten anerkannt wird, daß dauernde Nacharbeit schädlich wirkt. Ebenso sei die Forderung der Operntheaterarbeiter nach Leistungsbewilligung voll und ganz berechtigt. Wenn man jährlich Hunderttausende Zusatz an das Theater zahlt, kann man auch verlangen, daß die Arbeiter an diesem Zusatz richtig bezahlt werden. Dasselbe gilt von den im Allgemeinen Altenheimen beschäftigten Frauen. Als Hauptforderung bezeichnete Redner die Verkürzung der Arbeitszeit. Jede Lohn erhöhung verliert an Wert, wenn keine ausreichbare Arbeitszeit vorhanden ist. Arbeit der Zeit rückt die Familienverhältnisse mit einer langen Arbeitszeit noch die Folge, daß die Arbeiter stumpf und abgepannt werden und nicht imstande sind, für Verbesserung ihrer Lebenslage einzutreten. Dies alles kann aber nur durch eine starke Organisation erreicht werden und es ist Pflicht und Schuldigkeit eines jeden, sich dem Verband anzuschließen und diejenigen, welche zu faul und geistlos sind, aufzuhören, damit sie sich ebenfalls anstrengen. Denn bei den meisten Indifferenzen fehlt es bloß an Aufklärung, damit sie sich, wie ihre Freunde und wo ihre Feinde sind. Als Beispiel dafür, daß es vielleicht an Aufklärung fehlt, brachte Redner einen Zettel zur Kenntnis der Versammlung, auf welchem sich ein Kollege entschuldigt, daß er die heutige Versammlung nicht besuchen kann, indem er in eine Versammlung des Militärbereichs müsse. Gerade diese Kurraparate sind schuld an der lebigen Trennung und deshalb müssen solche Arbeiter, welche derartigen Vereinen noch den Vorzug geben, aufgelöst werden, damit sie wissen, wohin sie gehorchen. — Der rechte Verfall, mit welchem die Versammelten dem Referenten für seinen Vortrag dankten, beweise, daß alle mit seinen Ausführungen einverstanden waren. — Da der Diskussion sprach Kollege Edmann darüber, woran man keine Steuerungszulage verlangt habe. Ebenso habe man keine Statutenänderung, sondern nur Lohn erhöhung gefordert, damit man das geforderte auch unter allen Umständen durchdringen könne. Deshalb solle jeder Arbeiter dem Verband beitreten, um sein Interesse wahren zu können. Raddem ich noch verhindern möglichen an der Diskussion beteiligt hatten, forderte der Referent in seinem Schlußwort nochmals zu eifriger Agitation und festem Zusammenhalten auf, damit man für alle Fälle gerüstet sei, wenn, im Falle die Stadtverwaltung den gestellten Forderungen nicht gerecht werden sollte, man zu dem äußersten Mittel greifen müsse. Folgende Resolution fand hierauf einstimmige Annahme: „Die heute in der „Centralhalle“ tagende öffentliche Versammlung der städtischen Arbeiter Mannheims erklärt sich mit den vom Verband der Gemeindearbeiter und dem Altenheimen deutlichen Gärtnerverein aufgestellten Forderungen einverstanden und verspricht alle Anwesenden, mit aller Energie dafür einzutreten, daß diese Forderungen seitens der Stadtverwaltung in ihrem vollen Umfang Verkündigung finden. Als vornehmstes Mittel zur Durchführung ihrer Forderungen betrachten die Anwesenden die Organisation und es verpflichten sich die Versammelten, dafür einzutreten, daß auch der lebige städtische Arbeiter der Organisation zugeführt wird.“

**München.** An einer überaus stark besuchten öffentlichen Versammlung referierte am Sonntagvormittag im Mosaikum Hauptvorleser Kollege Albin Möbs Berlin über die Pflichten der Stadtverwaltungen gegenüber ihren Arbeitern. Reiner erinnerte daran, daß die Stadtverwaltungen in neuerster Zeit betriebe sind, ganze Betriebsstelle in eigener Regie ausführen zu lassen. Selbstverständlich sei es zu begrüßen, wenn die Stadtverwaltungen betriebe und dadurch den Steuerhof zu entlasten, doch durfe dies nicht darunter geschehen, daß Nebenbetriebe auf Kosten der Arbeiter herausgeschlagen werden. Es gebe eine Reihe von Städten, die Wasser, Licht, Straßenbau, Strafenreinigung mit allgemeinen Interessen bewirtschaften lassen, in vielen Fällen könne man aber nicht sagen, daß städtische Betriebe Nebenbetriebe sind. Zunächst hatten die Städte die Pflicht, darauf zu sehen, daß Met und Eisen von den Arbeitern ferngehalten werden. Sicher habe eine Reihe von Städten Arbeitseigentümern für den Winter geholfen. Das scheint in München nicht der Fall zu sein; da wurden 68 Mann entlassen. Und das nenne man Arbeitseigentüm. Es sei nicht so, wie man es im Magistrat hinzutellen beliebt, daß die Leute

heute Arbeitsmangel entlassen würden, sondern deshalb, weil die junge, vorwärtsstrebende Organisation in Thalham unbekannt wurde. Daher wurde auch das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht respektiert. Wenn die Städteverwaltungen Arbeiten in eigener Regie herstellen lassen, so sollten sie in bezug auf Bezahlung und Entlohnung der Arbeiter den Privatunternehmern mit gutem Beispiel vorangehen. In erster Linie müsse das Koalitionsrecht der Arbeiter gewahrt werden, nicht wie in Thalham; es soll aber auch noch andere Behörden in Münden geben, wo die unteren Beamten das Koalitionsrecht der Arbeiter nicht achten. Dann müsse auch den Arbeitern ein entsprechender Lohn bezahlt werden, damit sie nicht nötig haben, ihre Frauen und Kinder zum Unterhalt der Familie beiziehen zu müssen. Zu bezug auf die Arbeitszeit haben die Stadtverwaltungen die Pflicht, bahnbrechend vorzugehen. Wie lange habe es in Münden gedauert, bis wenigstens in den Gasanstalten der Achtundvierzig zur Einführung kam? Die Arbeiter haben die Pflicht, dafür zu sorgen, daß durch die Organisation die Arbeitszeit immer mehr verkürzt wird. Für die städtischen Arbeiter müsse ein Arbeitsnachweis geschaffen werden, damit es nicht vorkommen kann, daß in der einen Sparte Leute wegen Arbeitsmangel entlassen, in einer anderen Sparte aber Leute neu eingestellt werden. Da seien weiteren Ausführungen verlangt Referent Gewährung von Sommerurlaub, frei Verpflegung der Arbeiterschäftsleute usw. Auch die Alters-Vergnügungsstätte bedarf einer gründlichen Reform, da die Arbeiter ihre Ansprüche erst durch Beiträge von 3½—4 Proz. ihres Lohnes erfüllen müssen. Dabei betragen die Einnahmen jährlich circa 70 000 Pf. während dem nur 14 000 Pf. Ausgaben gegenüberstehen. Zum Schluß forderte der Referent auf, Leute zu wählen, die in erster Linie die Interessen der Arbeiter vertreten; notwendig sei, die Arbeiterpreise zu unterstützen, die allein sich die energetische Wahrung der Arbeitersinteressen zur Aufgabe gemacht hat, und dafür zu sorgen, daß die Organisation fortgeführt gefährt wird und neue Mitglieder gewonnen werden. Hierauf wurde die nachfolgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute sehr stark besuchte öffentliche Versammlung städtischer Arbeiter Münchens entlädt sich mit dem Referenten Möbs einverstanden und verpflichtet dafür zu sorgen, daß die städtische Verwaltung an ihre sozialen Pflichten gegenüber ihren Arbeitern immer mehr und mehr erinnert wird. Vor allem versprechen die Anwesenden, ihre Organisation, den Gemeinde-Arbeiter-Verband, nach Münzen auszubauen und zu stärken, sowie dafür einzutreten, daß bei allen Wahlen zum Stadtparlament nur Arbeitervorsteher gewählt werden, damit die Lage der städtischen Arbeiter Münchens bald ihren Wünschen entspricht.“ Über den 2. Punkt: „Die Arbeitserlassungen in Thalham“ haben wir bereits an anderer Stelle berichtet.

**Wiesbaden.** Am 2. November fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Zunächst wurde die Quartalsabrechnung durch Kollegen A. Weber bekannt gegeben. Die Einnahmen betragen 1246,75 Pf., die Ausgaben für den Haushalt 129,01 Pf. für die Volksverwaltung 267,61 Pf., bleibt ein Volksfestbeitrag von 650,13 Pf., welcher zinsbringend angelegt ist. Dem Kassenwart wurde auf Antrag Decharge erteilt. Die Mitgliedszahl beläuft sich auf 285, ein Zeichen, daß noch immer unermüdlich agitiert werden muß. Den Bericht der letzten Kartellversammlung erstattete Kollege Bud. Redner berichtete über den Zusammenschluß des Handels- und Transportarbeiterverbands mit dem Hafen- und Eisenbahnerverband, welches für die heutigen wirtschaftlichen Kämpfe von großer Bedeutung sei. Auch eine Bildungsschule sei geplant gewesen, es soll aber vorläufig davon Abstand genommen werden wegen der hohen Unkosten. Es ist aber ein Zusatz von Vorträgen vorgesehen. Werner soll eine Zentralbibliothek errichten werden, sobald unter neues Heim eröffnet sein wird. Zur Vertreterwahl der Christenkantone, welche am 16. und 18. November stattfindet, nahm Redner besonders Beaufsichtigung auf die Wichtigkeit der Wahl aufmerksam zu machen. Er ermahnte die Wähligen, recht häufig in die Agitation mit einzutreten, damit wir die Sache an unsere Hände holen können. Gerade die Gemeindearbeiter haben die Entscheidung in der Hand, da sie die meisten Wahlberechtigten Mitglieder seien. Niever eine Anregung des Kiliansvorstandes, Erhebung eines Volkszuschlags, wurde bestig debattiert. Kollege Schäfer legte den Molligen die Frage ausseiner und meinte, der Volkszuschlag solle wöchentlich 10 Pf. betragen, wofür einige Molligen nach 1jähriger Übergangszeit 3 oder 4 Pf. wöchentliche Unterhaltung bekommen könnten. Es solle aber jetzt noch nicht beobachtet werden, sondern die Molligen sollen sich die Frage genau überlegen und im geeigneten Zeitpunkt der Sache näher treten. Kollege Edmann in Mannheim nahm die Gelegenheit wahr, über die Unterhaltungseinrichtungen unseres Verbandes ein kritisches Referat zu halten. Reiner Verfall lehnte den Redner. Dann wurde eine rege Diskussion über die Lohnzulage aufgetragen. Es sollen um Straßenbau die Zulagen sehr verschieden gegeben werden. Ein Teil der Arbeiter soll 20 Pf. und sogar 5 Pf. erhalten haben, in manchen Bereichen soll gar keine Zulage gegeben werden sein. Auf den Molligen sollen die Arbeiter, welche eine 12ständige Arbeitsschicht haben, überbaute keine Zulage erhalten haben. Leute sollen dort beauftragt sein, welche noch 3 Pf. und 1,20 Pf. Lohn haben. Wenn man bedenkt, was die Arbeiter dort

bei peitzenartigem Gestank alles zu erdulden haben, kann man diese Zustände allein nicht bestehen. Die Arbeiterschaften werden sich nunmehr mit allen diesen Fragen beschäftigen und eine Befreiung beanspruchen, um Arbeit zu erhalten. Und die Gewerkschaften müssen in ihren Betrieben beschäftigt sind, richten Forderungen aber die nicht gewollte Vorbereitung. Solche Gewerkschaften erinnern die betreffenden, sich zu organisieren und so zu handeln, wie es die Versammlung gefordert hatte.

Rundschau.

**Tenurierung zu legen.** Wie die Kollegen unter der  
Mutter „Aus den Stadtparlamenten“ ersehen, sind die größten-  
teile durch unsre Organisation gewandten Vorstöße  
bezüglich der Verbesserung der Löhne nicht ohne Erfolg geblieben.  
Jah und andereind muß die organisierten Kollegen aller Seiten  
ihre Forderungen aufrecht erhalten, oder wo solches noch nicht  
gefehltet ist, unverzüglich Forderungen stellen. Den Unregelmä-  
sierten und Eigenbrodern aber muß wieder einmal gehörig zu-  
gewiesen geschehen, daß sie sich an den gedeckten Tischen  
setzen, den andern für sie bereitet haben! Nutzen wir  
fürstliche weiter fairenheiten in schnellerem Tempo noch, als bisher,  
an die Arbeit!

ein starkes Stund! Im Glaukauer Stadtverordnetenkollegium beantragte der einzige sozialdemokratische Vertreter, Genosse Wölde, die Erhöhung des Lohnes für die städtischen Arbeiter. In der Begründung seines Antrages hatte er die finanziellen Lohnverhältnisse der städtischen Arbeiter fristlich beleuchtet. Das war den bürgerlichen Vertretern etwas Neues. Daran hatten sie in all ihrem Leben nur das Wohl der Stadt resp. ihrer Bewohner wirklich noch nicht gedacht. Der Rat musste Aufklärung schaffen. Und sie fand auch danach aus. Es erhalten Stundenlöhne von 16 Pf. 3 Pfennig, 1 Pfennig, 15 Pf. 1 Pf. 1 Pfennig, 20 Pf. 2 Pfennig, 21 Pf. 2 Pfennig, 22 Pf. 10 Pfennig, 23 Pf. 6 Pfennig, 21 Pf. 15 Pfennig. Polizeiarbeiter, Handwerker, Schneider, Kötter, Maidame etc. u. s. w. erhalten einige Pfennige mehr bis zu einem Monteur, der 12 Pf. erhält. Der Rat hatte beobachteten sozialdemokratischen Antrag auf sich berufen zu lassen und dies damit begründet, daß sich unter den schlecht bezahlten Arbeitern vier 70jährige Männer befinden. Die anderen seien zum Teil arbeitslose, Säugler, Gelegenheitsarbeiter usw., auch Schwachsinnige. Auch unter den etwas besser bezahlten Leuten könnten noch eine Anzahl minderwertig sein. Sagen der Arbeiter über die geringen Löhne sollen auch noch nicht eingegangen sein! Dasselben Ordnungen schlossen sich die verankerten Ansiedlungen an. Durch den Referenten empfohlen die verankerten Ansiedlungen die Ablehnung des Antrags. Der Stadtverordnete hörte begründete die Ablehnung mit den Worten: „Wenn die Arbeiter mehr Lohn erhalten, dann verlaufen sie mehr!“ Es wurde auch vom Rate darauf verwiesen, daß einige Arbeiter, wenn sie nicht beobachtigt würden, Arzneiunterstüzung erhalten müßten. Man spricht also die Arzneiunterstützung und hat aufgedem noch billige Arbeitsbeschaffungen. Ein Drufel!

Riesenprofile. Löbnerbautungen sind unmöglich, die Höhlempreise müssen erhöht werden. Beweise dafür ergeben die Gewerbeergebnisse der Höhlenfischereien. Darunter sechs, nämlich Harpen, Hispania, König Wilhelm, Königsberg, Mulheimer Weißfischerei und Massen, erzielten in den drei ersten Quartalen 1900 einen Betriebserlös von rund 34 Millionen Mark, oder gegen die gleiche Zeit des Vorjahrs, für welche allerdings der Streik einen Ausfall erbrachte, ein Plus von 121 Millionen Mark!

Die Gründung eines Bauunfallversicherungsverbandes sächsischer Städte ist nun endgültig vollzogen. In Dresden versammelten sich zahlreich die Vertreter sächsischer Städte und faßten entsprechend Besluß. Die ständig gesteigerten Verträge, die die Bauvereinigung erhebt und die festgestellte Tatsache, daß bei städtischen Bauten Unfälle seltener vorkommen als bei Privatbauten, hat bereits 10 große deutsche Städte veranlaßt, aus der Berufsgenossenschaft auszutreten, und sie haben Selbstversicherung nach § 6 des Unfallverhinderungsgesetzes eingeführt. In Leipzig und Chemnitz besteht die Selbstversicherung. Die in Dresden versammelten städtischen Vertreter genehmigten den von einer Kommission ausgearbeiteten Satzungsentwurf und beschlossen, daß alle Städte, die bis zum 15. November ihren Beitrag erlassen, in dem Verband ohne weiteres Aufnahme finden. Freiberg wurde als Vorort gewählt und der dortige Rat zum Vorstand bestellt. Bis jetzt haben 66 sächsische Städte ihren Beitrag erliefert.

Ein internationaler Kongress zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Auf Anregung des Magdeburger Societas Humanitaria hat am 1. und 2. Oktober in Magdeburg

land der erste Monarch zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit alegat. Ein den Verbündeten nahmene gegen 80 Delegierte teil, darunter auch ausländische und italienische Sozialisten. Auf Anregung des italienischen Sozialisten Gianni Vassalli der Monarch nicht lange bei der Amtszeit des Ministers der Arbeitslosigkeit, sondern ging bald zu dem Thema ihrer Bekämpfung über. Nach langerer Diskussion, die durch das Einwirken der Sozialisten heftig einen sehr lebhaften Charakter annahm, erhielt man schließlich am folgende Tage eine Erklärung, die mit großer Begeisterung angenommen wurde:

„In Erwagung, daß die zufriede des Kongresses vor allem darin lag, die geeigneten Mittel nicht zur Abfuhrung der Arbeiterleidigkeit, sondern nur zu ihrer Verminderung zu finden, bestrebt der Monarch, sich jeder Neuerung über die Frage der eissten Ursachen der Arbeiterleidigkeit zu enthalten. Der Monarch erklärt, daß sowohl vom moralischen als vom materiellen Standpunkte aus der wichtigste Faktor für die Bekämpfung der Arbeiterleidigkeit in der Entwicklung der Arbeiterorganisation liegt in Bezug auf die Feststellung des Arbeitsstages, des Lohnes, der Arbeitsverträge, der besseren Verteilung der Arbeit im Zurein der Gruppen und der Entwicklung aller Formen der Arbeitergemeinschaft, und daß eine zweite Reihe von Maßnahmen darin besteht, durch soziale Maßnahmen auf politischem Gebiete die Entwicklung der Arbeiter und ihrer Interessen in bewahrt.“

Der König spricht den Wunsch aus, daß dieses Ereignis in folgender Weise erfolge:

- 1 Durch eine periodisch stattfindende Aufnahme des Standes der Arbeit und der Arbeitsentlohnung in den verschiedenen Industrien.
  - 2 Durch Gründung unentgeltlicher öffentlicher Arbeitsmarktausweise für Arbeiter und Unternehmer in all jenen Industrien, in denen der Arbeitsmarkt noch nicht direkt den Monopolen organisiert ist, und durch Eignierung des internationalen Arbeitsmarktes.
  - 3 Durch Einführung der obligatorischen oder facultativen Versicherung, deren Kosten gemeinsam von Staat, Unternehmen und Arbeitern zu tragen seien.
  - 4 Durch Erleichterung des Rechts für die Arbeiter, besonders für die Vollbeschäftigung von Grund und Boden.
  - 5 Durch Unterbringung der Arbeitnehmer in Arbeitskolonie vom Staat, des Zentralen der Kolonien und der Gemeinden."

Die Anzahl der Mitglieder in einigen gewerkschaftlichen Verbänden Petersburgs. Wir bringen einige Daten über die Anzahl der Mitglieder in einigen gewerkschaftlichen Verbänden Petersburgs bis zum Tage ihrer Auflösung, d. h. dem 10. August. Der Verband der Textilarbeiter zählte bereits 15000 Männer, der Glas- und Zifferarbeiter 800; der Gauarbeiter auf 3000; der Pader 3500; der Schuhmacher 1200; der Schreiner 1300; der Monturzimmereier 1000; der Pulverarbeiter auf 500; der Holzarbeiter auf 1000.

Das Moslauer Zentralbüro der Gewerkschaftlichen Verbände hat beschlossen, in der allerzurückliegenden Zeit eine Gebietskonferenz der Vertreter der gewerkschaftlichen Verbände der Gouvernements Moskau, Wladimir, Twer, Wolguga, Tula, Smolensk, Jaroslaw und Tscheljabinsk einzuberufen. Aufgabe der Konferenz wird jene, die Periode über die Eröffnung und die Tätigkeit der örtlichen gewerkschaftlichen Verbände zu prüfen, die Organisationsfragen zu beraten, standige Verbindungen zwischen den Verbänden herzustellen und Gebietsbüros zu errichten. Zugleich soll die Frage der Einberufung eines Allrussischen Arbeitertagessess oder gewerkschaftlichen Verbände erörtert werden.

## **Briefkasten**

Rheins. Hand an den Seiten lassen und alles auszuschreiben, nichts abkürzen gilt auch für Dich alter Freund! Hoffentlich wirst Du von den Christlichen in nächster Zeit nicht fortgeschlagen! Verdi folgt in nächster Nummer. Gruß T. - Zwischen Alageld ist mir ja verständlich, kann aber nicht gebracht werden, weil nicht agitatorisch! Gruß T. - München! Aber aber... Gedächtnes kann man doch nicht als Todesfalle verabschieden! Gruß!

## **Mitgliedernliste des Verbandes.**

**Paul Küßner, Breslau,** | **Kaspar Krebs, Fürth i. Bay.**  
† 30. Oktober 1906 im Alter | † 4. November 1906 im Alter  
von 74 Jahren. | von 67 Jahren.

Friedrich Dornemann, Berlin,  
† am 8. November 1906 im Alter von 43 Jahren.